

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(22. - öffentliche - Sitzung am 9. Januar 2014)

Beratungsthemen:

1. **Rechtsextremismus auf allen Ebenen bekämpfen - NPD-Verbotsverfahren konsequent vorantreiben**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/457](#)

Der Ausschuss empfahl dem Plenum des Landtages mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den Antrag unverändert anzunehmen.

2. **Lässt die Landesregierung die Polizei mit Fußballrandale und Bengalos allein?**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/985](#)

Der Ausschuss stellte die abschließende Behandlung des Antrages auf Wunsch der CDU-Fraktion zurück.

3. **Gegen das Wegsehen bei Wohnmobilprostitution - Für einen wirksamen Schutz der Prostituierten und der Jugend**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/453](#)

Der federführende Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration hatte in seiner 9. Sitzung am 5. September 2013 den Ausschuss für Inneres und Sport um die Abgabe einer Stellungnahme zu den in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Gesichtspunkten des Antrags (vorrangig Nr. 1 und 2 des Forderungskatalogs) gebeten.

Der Ausschuss sah mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei Stimmenthaltung des Mitgliedes der FDP-Fraktion zu Punkt 1 des Forderungskataloges von einer Stellungnahme ab.

Zu Punkt 2 des Forderungskataloges verständigte er sich einvernehmlich darauf, dem federführenden Ausschuss als Stellungnahme den Auszug der Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkte zuzuleiten.

4. **Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung; Vorlage der beim Niedersächsischen Verfassungsschutz im Zusammenhang mit den bekannt gewordenen Datenspeicherungen und -löschungen geführten Akten**

hier: Beschluss nach § 95 a Abs. 1 GO LT über die Vertraulichkeit der von der Landesregierung mit Schreiben des Ministeriums für Inneres und Sport vom 20. November 2013 vorgelegten und für vertraulich erklärten Unterlagen

Der Ausschuss fasste den Beschluss über die Vertraulichkeit der von der Landesregierung für vertraulich erklärten Unterlagen.

Außerhalb der Tagesordnung bat der Ausschuss die Landesregierung auf Antrag der CDU-Fraktion für eine der nächsten Sitzungen um Unterrichtung über Fragen im Zusammenhang mit dem Einsatz niedersächsischer Polizeibeamtinnen und -beamten bei einer Demonstration zum Erhalt der „Roten Flora“ in Hamburg sowie drei versuchte Sprengstoffanschläge in Göttingen auf Behörden des Landes und des Bundes.

Auf Wunsch der Fraktionen der SPD und der Grünen bat der Ausschuss die Landesregierung, ihn nach Abschluss der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen über den SEK-Einsatz am 19.12.2013 in Holzminden zu unterrichten.